

FEDERAL REPUBLIC
OF GERMANY



Treaty Series No. 18 (1991)

Exchange of Notes

between the Government of the
United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
and the Government of the Federal Republic of Germany
concerning Air Services to and from Berlin

Bonn, 9 October 1990

[The Agreement entered into force on 9 October 1990]

*Presented to Parliament
by the Secretary of State for Foreign and Commonwealth Affairs
by Command of Her Majesty
March 1991*

LONDON : HMSO

£1.90 net

**EXCHANGE OF NOTES
BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE
UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND
AND THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
CONCERNING AIR SERVICES TO AND FROM BERLIN**

No. 1

*The Foreign Office of the Federal Republic of Germany to Her Britannic Majesty's Embassy
at Bonn*

Verbalnote

AUSWÄRTIGES AMT
210-455.00/6

Das Auswärtige Amt beehrt sich, auf die kürzlich erfolgten Gespräche zwischen Vertretern der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und Vertretern der Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika über den Luftverkehr von und nach Berlin durch Unternehmen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten in dem Zeitraum nach der Herstellung der Einheit Deutschlands Bezug zu nehmen.

Die Vertreter der vier Regierungen wiesen auf den wesentlichen Beitrag hin, der durch die innerdeutschen Dienste zur Sicherheit und zum Wohlergehen Berlins geleistet wurde, sowie auf die große Bedeutung, die der Gewährleistung des reibungslosen Ablaufs der Luftverkehrsdienste von und nach Berlin weiterhin zukommt. In Anbetracht der besonderen Umstände, die—auf der Grundlage der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes—im Hinblick auf die innerdeutschen Luftverkehrsdienste bestanden, waren sich die Vertreter der vier Regierungen über die Notwendigkeit angemessener Übergangsvereinbarungen einig.

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland als Ergebnis dieser Gespräche folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

Nach dem Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte können die bestehenden, von Unternehmen der Alliierten betriebenen Luftverkehrsdienste von und nach Berlin für den Zeitraum einer Übergangsphase fortgeführt werden—vorbehaltlich der folgenden Vereinbarungen über den Umfang dieser Dienste, die durch Entscheidungen dieser Unternehmen auf der Grundlage kommerzieller Kriterien eingestellt werden.

(a) Innerdeutsche Dienste

Die Unternehmen der Alliierten, die zur Zeit innerdeutsche Liniendienste betreiben, können sie bis zum Oktober 1993 in folgendem Umfang weiterhin durchführen:

Sommerflugplanperiode 1991:	80%
Winterflugplanperiode 1991/92:	70%
Sommerflugplanperiode 1992:	60%
Winterflugplanperiode 1992/93:	50%
Sommerflugplanperiode 1993:	40%

der von jedem Unternehmen für den Winterflugplan 1990/91 angebotenen Sitzplätze.

(b) *Internationale Liniendienste von Berlin nach Bestimmungsorten in Drittländern (7. Freiheit)*

Die Unternehmen der Alliierten, die zur Zeit solche Liniendienste der 7. Freiheit in Europa betreiben, können sie bis zum Oktober 1993 in dem unter Buchstabe (a) beschriebenen Umfang weiterführen. Während des Übergangszeitraums unterstützt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland Anträge von Unternehmen der Alliierten für solche Dienste bei den Zivilluftfahrtbehörden der europäischen Bestimmungsländer.

(c) *Europäische Charterdienste von Berlin nach Bestimmungsorten in Drittländern (7. Freiheit)*

Die Unternehmen der Alliierten, die zur Zeit europäische Charterdienste der 7. Freiheit betreiben, können diese in folgendem Umfang bis Oktober 1993 weiterhin durchführen:

(aa) Sommerflugplanperiode 1991	90%	der von jedem Unternehmen im vorherigen Sommer angebotenen Sitzplätze
(bb) Winterflugplanperiode 1991/92	90%	der von jedem Unternehmen im vorherigen Winter angebotenen Sitzplätze
(cc) Sommerflugplanperiode 1992	80%	von (aa)
(dd) Winterflugplanperiode 1992/93	80%	von (bb)
(ee) Sommerflugplanperiode 1993	80%	von (cc)

Verträge für den Sommer 1991, die vor dem Tag des Inkrafttretens dieser Vereinbarung unterzeichnet wurden, werden eingehalten.

Während des Übergangszeitraums unterstützt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland Anträge von Unternehmen der Alliierten für solche Dienste bei den Zivilluftfahrtbehörden der europäischen Bestimmungsländer.

(d) Jedes in Berlin niedergelassene alliierte Unternehmen, dessen Anteil am gesamten Berliner Luftverkehrsmarkt (innerdeutsche sowie internationale und Charterdienste der "siebten Freiheit") am Tage des Inkrafttretens dieser Vereinbarung weniger als 3% beträgt, unterliegt bis Oktober 1993 einem verzögerten Auslaufsystem in folgendem Umfang:

Winterflugplanperiode 1992/93	80%
Sommerflugplanperiode 1993	70%

der von jedem Unternehmen für den Winterflugplan 1990/91 angebotenen Sitzplätze.

(e) Wenn ein Unternehmen

- bei Beginn des Übergangszeitraums einen oder mehrere Dienste einer oder mehrerer der oben beschriebenen Arten mit nur einem Flugzeug betreibt oder
- aufgrund der Durchführung der in Absatz (a) bis (d) festgelegten Bestimmungen für den Übergangszeitraum den Betrieb eines oder mehrerer Dienste einer oder mehrerer oben beschriebener Arten auf ein Flugzeug verringert,

kann dieses Unternehmen—ungeachtet des Erfordernisses, diesen Dienst oder diese Dienste weiterhin zu verringern—jedes dieser Flugzeuge unter voller Kapazitätsauslastung weiterbetreiben oder die gleiche Kapazität auf einem anderen Flugzeug bis zum Ende des Übergangszeitraums bereitstellen.

- (f) Spätestens im April 1993 treffen die Vertragsparteien zusammen, um die Auswirkungen der Gesetzgebung über den Europäischen Binnenmarkt auf die Zukunft der innerdeutschen Dienste zu prüfen.
- (g) Der Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland wird die Durchführung dieser Übergangsvereinbarungen durch die Unternehmen gemeinsam mit den Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika überwachen. Solche Konsultationen finden vor jeder Flugplanperiode statt. Sie können auch von jeder Regierung vorgeschlagen werden.
- (h) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich, innerhalb des gesetzlichen Rahmens die zügige Behandlung von erforderlichen Genehmigungen, Zulassungen und Lizenzen zu erleichtern und alles in ihren Kräften stehende zu tun, um die Aufrechterhaltung bestehender betrieblicher Vereinbarungen von alliierten Unternehmen in Berlin zu gewährleisten.
2. Falls sich die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zum Ausdruck bringende Antwortnote der britischen Botschaft eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland bilden, die mit dem Datum der Antwortnote der Botschaft in Kraft tritt und für den gesamten Übergangszeitraum, der mit dem Ende der Sommerflugplanperiode 1993 ausläuft, Gültigkeit hat.

Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland benutzt diesen Anlaß, die Botschaft des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Bonn,
den 9 Oktober 1990

An die Botschaft des Vereinigten
Königreiches Großbritannien und Nordirland
Bonn

Note Verbale

Foreign Office
210-455.00/6

The Foreign Office of the Federal Republic of Germany presents its compliments to the Embassy of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and has the honour to refer to recent discussions between representatives of the Government of the Federal Republic of Germany and representatives of the Governments of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the French Republic and the United States of America concerning air services to and from Berlin by United Kingdom, French and United States carriers in the period following German unification.

The representatives of the four Governments noted the essential contribution which the inner-German services have made to the security and well-being of Berlin, and the importance of ensuring continued smooth running of air services to and from Berlin. Having regard to the special circumstances that have existed in relation to the inner-German services, based on quadripartite rights and responsibilities relating to Berlin and to Germany as a whole, the representatives of the four Governments have agreed on the necessity for appropriate transition arrangements.

As a result of these discussions the Foreign Office of the Federal Republic of Germany has the honour to propose to the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland the following agreement:

When quadripartite rights and responsibilities cease to have effect the existing air services to and from Berlin by allied carriers may continue for a transition period, subject to the following arrangements for the volume of such services which will be withdrawn by decision of the carriers on the basis of commercial criteria:

(a) *Inner-German Services*

Present allied carriers may continue to operate inner-German scheduled services until October 1993 at the following levels:

Summer season 1991:	80%
Winter season 1991/92:	70%
Summer season 1992:	60%
Winter season 1992/93:	50%
Summer season 1993:	40%

of the seats offered by each carrier for the winter schedule 1990/91.

(b) *International Scheduled Services from Berlin to third country destinations (7th freedom)*

Present allied carriers may continue to operate such 7th freedom European scheduled services until October 1993 at the levels described in (a). The Government of the Federal Republic of Germany will support, during the transition period, applications of allied carriers for such services with the civil aviation authorities of European destination countries.

(c) *European Charter Services from Berlin to third country destinations (7th Freedom)*

Present allied carriers may continue to operate 7th freedom European charter services until October 1993 at the following levels:

- | | | |
|----------------------------|-----|--|
| (i) Summer season 1991: | 90% | of seats offered by each carrier in the previous Summer season |
| (ii) Winter season 1991/2: | 90% | of seats offered by each carrier in the previous Winter season |

- | | | |
|----------------------------|-----|----------|
| (iii) Summer season 1992: | 80% | of (i) |
| (iv) Winter season 1992/3: | 80% | of (ii) |
| (v) Summer season 1993: | 80% | of (iii) |

save that contracts for the Summer season 1991 signed before the date of entry into force of this Agreement will be honoured.

The Government of the Federal Republic of Germany will support, during the transition period, applications of allied carriers for such services with the civil aviation authorities of European destination countries.

- (d) Any Berlin based allied carrier whose share of the total Berlin air service market (inner-German and "seventh freedom" international and charter services) on the date of entry into force of this Agreement is less than 3 per cent will be subject to a deferred phase-down regime, until October 1993 at the following levels:

Winter season 1992/93:	80%
Summer season 1993:	70%

of the seats offered by each carrier for the Winter schedule 1990/91.

- (e) If a carrier
- enters the transition period operating any service or services of one or more of the types described above with only one aircraft; or
 - as the result of implementing the provisions in paragraphs (a) to (d) above relating to the transition period, reduces the operation of any service or services of one or more of the types described above to one aircraft;
- then, notwithstanding the requirement further to reduce the service or services, that carrier may continue to operate any such aircraft at full capacity or provide equivalent capacity on another aircraft until the end of the transition period.
- (f) Not later than April 1993, the parties to this Agreement will meet to consider the implications of European Community Single Market legislation for the future of inner-German services.
- (g) The Federal Minister of Transport of the Federal Republic of Germany will monitor jointly with the Governments of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the French Republic and the United States of America the implementation by operators of the transition arrangements. Such consultations shall take place before each season. They may also be proposed by any of the Governments.
- (h) The Government of the Federal Republic of Germany undertakes to facilitate within its legal framework expeditious treatment with respect to required permits, permissions and licences and to use its best endeavours to ensure the maintenance of current operational arrangements of allied carriers in Berlin.

If the above proposal is acceptable to the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the Foreign Office of the Federal Republic of Germany has the honour to propose that this Note and the Embassy's Note in reply shall constitute an Agreement between the two Governments which shall enter into force on the date of the Embassy's reply, and which shall continue in force for the transition period terminating at the end of the Summer season 1993.

The Foreign Office of the Federal Republic of Germany avails itself of the opportunity to renew to the Embassy of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland the assurances of its highest consideration.

Bonn
9 October 1990

Embassy of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
Bonn

No. 2

*Her Britannic Majesty's Embassy at Bonn to the Foreign
Office of the Federal Republic of Germany.*

No. 177

Her Britannic Majesty's Embassy present their compliments to the Foreign Office of the Federal Republic of Germany and have the honour to acknowledge receipt of the Office's Note Verbale No. 210-455.00/6 dated the 9th of October 1990, which reads, in translation, as follows:

[As in No. 1]

Her Britannic Majesty's Embassy have the honour to inform the Foreign Office of the Federal Republic of Germany that the above proposals are acceptable to the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and agree that the Office's Note and this reply shall constitute an Agreement between the two Governments which shall enter into force on the date of this reply, and which shall continue in force for the transition period terminating at the end of the Summer season 1993.

Her Britannic Majesty's Embassy avail themselves of this opportunity to renew to the Foreign Office of the Federal Republic of Germany the assurances of their highest consideration.

British Embassy, Bonn
9 October 1990.

ISBN 0-10-114452-0



9 780101 144520